

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 93 (1986)

Heft: 1

Rubrik: Wirtschaftspolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

St. Galler Hochschulinstituts empirisch eindeutig belegt worden. Darüber hinaus wird nachgewiesen, dass die Zahl der staatlichen Regelungsmaterien stark zugenommen hat. Die Arbeit umschreibt diesen Tatbestand als Normenflut, von der, wie ausdrücklich bemerkt wird, speziell auch die Wirtschaft betroffen ist. Als Korrektiv zu der damit verbundenen Handikapierung der Klein- und Mittelbetriebe empfiehlt die Studie nicht etwa besondere Förderungsprogramme zu deren Gunsten. Sie zielt vielmehr richtigerweise primär und generell auf die Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen.

Der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins wird die Erkenntnisse, die der von ihm erteilte Forschungsauftrag zutage gefördert hat, demnächst in einer Spezialpublikation authentisch darstellen, zugleich daraus aber auch eigene Folgerungen und Forderungen ableiten, die in der praktischen Politik ihren Widerhall und ihren Niederschlag finden sollten.

Wirtschaftspolitik

Eine Revolution, die keine ist

Es ist nicht das erste Mal, und auch in der Wirtschaftsgeschichte unseres Landes war es immer so, dass die Einführung neuer Techniken zu einer grundlegenden Veränderung der Arbeitsverhältnisse, der Wirtschaftsstrukturen und des Wettbewerbs führten. Beim Versuch, die Bedeutung und den volkswirtschaftlichen Sinn solcher Wandlungen zu verstehen, darf man von der Erfahrung ausgehen, dass ihnen mit dem blossen Gespenst von der technologisch bedingten Arbeitslosigkeit nicht gerecht zu werden ist. Technischer Fortschritt erfordert ein neues arbeitsmarktpolitisches Verständnis, er verlangt in imperativer Form ein Umdenken und, gegebenenfalls ein Überbordwerfen alter, zur Routine gewordener Vorstellungen. Beliebte ökonomische Argumente, die uns zur Fixierung von Arbeitsinhalt und Arbeitszeit geläufig geworden sind, können sich unvermittelt als altersschwach erweisen und stehen dem Verständnis des aktuellen Geschehens sogar im Wege.

Die neue «technische Revolution», die durch Elektronik und Computer auch bei uns Einzug gehalten hat, lässt Argumentationen nach zwei Richtungen zu: In einer positiven, innovationsfreudigen, und in einer negativen, ablehnenden. Menschlich erscheint eine skeptische Haltung dem technischen Fortschritt gegenüber als verständlich. Alles Neue und Revolutionäre erzeugt zunächst Angst, Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und von Marktanteilen, vor verstärktem Wettbewerb. Geläufiges Struktur- und Besitzstandsdenken erweist sich plötzlich als bedroht. Man sieht schattenhaft die ohne Arbeitskräfte auskommende, vollständig computergesteuerte Fabrik, das vom Computer

beherrschte Büro. Es entsteht die Fiktion des «maschinellen Organismus», der lebt und zusammengehalten wird vom Computer der fünften Generation.

Eine derartige Zukunftsvision ist indessen einseitig, lediglich substituierend gedacht und übersieht die Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums. Entwicklung ist der Wirtschaft immanent; ohne Entwicklung schwindet der Wohlstand, und es werden die tragfähigen Grundlagen auch für ein gedeihliches soziales Wohlergehen zerstört. Von der Tarifpartnern wird unvermittelt ein Überwinden bequemer Denkgewohnheiten verlangt, ein Prozess, der auf viele Widerstände stossen muss und nur unter dem Zwang wirtschaftlicher Notwendigkeiten reifen kann.

Schattenwirtschaft

Auch wenn der Computer bei den Arbeitnehmerorganisationen kein geliebtes Kind ist, gilt es doch, die Wirtschaftsgeschichte zu erkennen und zu verstehen. In der traditionellen, nicht sehr innovationsfreudigen und vorwiegend substitutionierend ausgerichteten Betrachtungsweise wird der Siegeszug der Elektronik zum verfeimten «Job-Killer». Das Bild ist aber falsch. Nicht der Computer hat den Hauptteil der heutigen Arbeitslosigkeit, die im übrigen in der Schweiz kaum merklich vorhanden ist, verursacht. Ihre Gründe liegen tiefer. Wer den Preis eines Gutes überhöht und aus dem Marktgeschehen herausreisst, wer ihn statt durch marktwirtschaftliche Vernunft durch politische Unvernunft ersetzt, erzeugt Überschüsse, seien es Überschüsse an Agrarprodukten, an Leistungen des öffentlichen Verkehrs, an Wohnungsnachfrage und eben auch Überschüsse auf dem Arbeitsmarkt. Verpolitisierte, unbewegliche und überhöhte Löhne, mehr und mehr Freizeit beziehungsweise kürzere Arbeitszeiten, wachsende Soziallasten, die mit den Löhnen und Anstellungsbedingungen verbunden sind, dieses und anderes führt zwangsweise zu einer tendenziell abnehmenden Nachfrage nach Arbeitskräften. Es ist eine einfache wirtschaftliche Regel, dass dem, was zu teuer oder zu unattraktiv ist, entsprechend weniger nachgefragt wird.

Arbeitslosigkeit nimmt also strukturellen Charakter an, nicht weil es weniger Arbeit gibt, im Gegenteil. Arbeit ist genug vorhanden, nur eben nicht zu den Bedingungen, die unser verpolitisiertes Besitzstandsdenken fordert. Der erstarrte Arbeitsmarkt lässt die Schattenwirtschaft entstehen, deren besondere Eigenschaften darin liegen, dass sich die Arbeitnehmer freiwillig zu Bedingungen anstellen lassen, die sonst als Manchestertum verschrien werden. Hier gibt es keinen Kündigungsschutz, keinen Arbeitsschutz, keinen Versicherungsschutz, keine festgefahrene Löhne und keinen Anstellungsvertrag. Und trotzdem fühlt sich niemand ausgebeutet. Die Gewerkschaften schaffen mit ihrer Lohn- und Arbeitszeitpolitik den zeitlichen Freiraum, den die Leute für ihren privatwirtschaftlichen Arbeitseinsatz in der Schattenwirtschaft brauchen.

So gesehen ist Schattenwirtschaft die Folge eines verkrusteten und erstarrten Arbeitsmarktes. Sie hat durchaus ihre volkswirtschaftliche Berechtigung, denn sie ist der erhobene Mahnfinger, der uns beweist, dass bisher etwas falsch gelaufen ist. Die Wirtschaft setzt sich auf ihre Weise gegen die Verfälschung ökonomischer Gesetzmässigkeiten zur Wehr, weicht aus und erzeugt auf dem Arbeitsmarkt genau in der gleichen Weise ihren Freiraum, wie beispielsweise die staatliche Reglementierung der Kapital- und Devisenmärkte zum Entstehen des

Euromarktes für die kurranten Währungen geführt hat. Die Schattenwirtschaft zeigt, dass der Arbeitsmarkt überfordert, zu stark denaturiert und verpolitisiert wurde. Es brauchte den vollkommenen Polizeistaat, um das Entstehen der Schattenwirtschaft zu verhindern, mit dem Erfolg allerdings, dass die Mahnung unverstanden bliebe und die Fehlentwicklung mit der Erzeugung struktureller Arbeitslosigkeit weitergehen könnte.

Weniger der Computer ist für die heutige Stagnation am Arbeitsmarkt der Hauptverantwortliche. Die Schuld liegt bei der überzogenen staatlichen Reglementierung.

Ohne Innovation kein Wohlstand

Wir haben gesehen, dass der Computer für denjenigen, der das Geschehen bloss an der Oberfläche betrachtet, Arbeitsplätze freisetzt. Und es ist nicht zu bezweifeln, dass der Siegeszug der neuen Techniken durch eine falsche Arbeitsmarktpolitik einen kräftigen Impuls erhalten hat. Zu einem Teil wenigstens ist das Ausweichen von der Arbeit weg in die Technik aber nicht Ursache, sondern Folge der Arbeitslosigkeit. Wir dürfen dem Neuen nicht einfach die Schuld an unseren alten Sünden in die Schuhe schieben. Es ist leider bezeichnend für die Wirtschaftspolitik, dass sie sich kaum je ernsthaft an volkswirtschaftlichen Sachzwängen orientiert, sondern an den blossen Symptomen bleibt. Man sieht die Folgen, nicht aber deren Ursache, und man kuriert an den Folgen, ohne die wahren Ursachen zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Aber nicht nur das. Man ist nicht nur nicht gewillt, volkswirtschaftliche Zusammenhänge anzuerkennen, man missachtet hartnäckig auch die wirtschaftspolitische Erfahrung. Indessen sind es gerade diese Erfahrungen, die geeignet sind, das Problem der Computertechnologie ins rechte Licht zu rücken. Blicken wir zurück ins 19. Jahrhundert, so zeigt sich, dass der Siegeszug der Elektronik in der Wirtschaftsgeschichte kein Einzelfall, sondern ein blosses Glied in einer langen Kette der technischen Entwicklung darstellt. Hätte man sich damals gegen den Einsatz der Dampfmaschine gewehrt, wäre der Bau von Eisenbahnen unterblieben, wo stünden wir heute? Die Revolution, die die Eisenbahn brachte, war nicht geringer als die Revolution durch die Elektronik. Mit einem Mal war das Distanzmonopol, das viele Branchen bis anhin genossen, beseitigt. Waren kamen in grossen Mengen über die Landesgrenzen herein, schufen ein bisher unbekanntes Ausmass an Wettbewerb und wirtschaftlichem Druck. Auch der Siegeszug der Elektrizität zeitigte ähnliche Folgen. Der Riemenantrieb in den Fabriken verschwand, neue Maschinentypen mit Einzelantrieb setzten sich durch. Wären wir den Maschinenstürmern von Uster gefolgt, hätten wir die Maschinen entfernt und verboten, was wäre aus unserer Industrie geworden? Oder ein Beispiel aus der jüngeren Wirtschaftsgeschichte: In der Krise der dreissiger Jahre wurde zur Sicherung der Arbeitsplätze ein Verbot für den Einsatz von Baumaschinen erlassen. Würde dieses Verbot noch heute bestehen – es hält nicht schwer, sich die Folgen auszudenken.

Den technischen Fortschritt akzeptieren

Entweder sind wir heute gewillt, den technischen Fortschritt anzunehmen, je offener und überzeugter desto besser, oder unser Land sinkt in der internationalen Konkurrenz ab, es käme zu einem Schwund des Sozialproduktes, der Einkommen und zu einem sicheren Zerfall der sozialen Marktwirtschaft.

Die Lehren aus der Vergangenheit sind eindrücklich und überzeugend. Um es noch deutlicher zu zeigen: Halten wir uns auch das Beispiel der heute aufsteigenden Schwellenländer vor Augen. Diese Länder verfügen über eine Wirtschaft, die nicht an der Eurosklerose krankt. Sie sind bezeichnenderweise bereit, den technischen Fortschritt offen anzunehmen. Das Resultat ist beeindruckend: Die relative Wachstumsrate ihres Sozialproduktes übertrifft diejenige der verkrusteten alten Industrieländer bei weitem. Übersehen wir schliesslich auch nicht die grosse Lehre der Gegenwart: Es sind durchwegs die sozialistisch regierten, westlichen Länder, die die grösste Arbeitslosigkeit aufweisen, während anderseits den USA dank einer beweglichen und einsichtigen Haltung der Gewerkschaften gelungen ist, innert kurzer Zeit Millionen von neuen Arbeitsplätzen zu schaffen. Jene Volkswirtschaften, die dem technischen Fortschritt aufgeschlossener gegenüberstehen, sind nicht mit grösserer Arbeitslosigkeit konfrontiert. Das Gegenteil lässt sich in sehr vielen Fällen zeigen. Dort, wo man offensiv neue Techniken aufgriff, war die Beschäftigungsentwicklung weitaus günstiger als dort, wo an alten Produktionsprozessen festgehalten wurde.

Technischer Fortschritt steigert die Produktivität und ermöglicht höhere Einkommen, was zu einer Steigerung der Nachfrage führt, für die mehr Arbeitskräfte benötigt werden. Die Japaner haben viel mehr Computer und Roboter als wir, ihre effektive Arbeitszeit ist fast um 20 Prozent länger als bei uns, dennoch haben sie keine Massenarbeitslosigkeit, sondern nahezu Vollbeschäftigung. In diesem Zusammenhang verdient eine Studie des Schweizerischen Nationalfonds über die Auswirkungen der Mikroelektronik auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt vom letzten Jahr Beachtung, die zum Schluss kam, dass durch die neue Technik zwischen 1980 und 1990 wohl 60 000 Arbeitsplätze verloren gehen, dass bei günstigem Wirtschaftsverlauf gleichzeitig aber 86 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Unser Land ist nicht trotz technischer Umwälzungen, sondern dank ihnen wohlhabend geworden. Nicht staatliche Überforderung der Unternehmen, nicht staatliche Reglementierung, auch nicht gewerkschaftlich strapazierte und denaturierte Arbeitsmärkte, sondern wirtschaftliche Freiheit und Aufgeschlossenheit dem Neuen gegenüber haben unseren Wohlstand erzeugt.

«Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär»

mit Zielgerichtete
Werbung = Inserieren
in der «mittex»
tex